

Informationsstelle Peru e.V. | Kronenstraße 16 HH | 79100 Freiburg | GER

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit

11055 Berlin

Informationsstelle Peru e.V.
Red Solidaridad Alemania-Perú

Kronenstraße 16 HH
79100 Freiburg | Germany

info@infostelle-peru.de
www.infostelle-peru.de

T 0049-761-707 08 40

F 0049-761-70 98 66

Freiburg, 2. Juni 2020

**Peruanische Regierung will die Abholzung des amazonischen Regenwaldes genehmigen.
Wir fordern: Stopp aller Projekte mit staatlichen Organisationen im peruanischen Regenwald**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Informationen, die wir aus Peru erhalten haben, hat die peruanische Regierung angekündigt, für die Reaktivierung der Wirtschaft nach der Corona-Pandemie Abholzungen im Regenwald zuzulassen.

Durch den – meist illegalen – Holzeinschlag wird der Regenwald zerstört. Indigene Organisationen wie der Dachverband AIDSEP und regionale Organisationen in den Regionen Loreto, Ucayali, Huánuco, Madre de Dios u.a. sowie Umweltexpert*innen wenden sich deshalb in großer Sorge auch an die internationale Öffentlichkeit.

Eine Freigabe des Regenwaldes ist unverantwortlich, denn die fremden Holzfäller bringen eine große Ansteckungsgefahr mit dem Covid-19-Virus für die indigene Bevölkerung mit. Zudem stehen die zerstörten Waldgebiete nicht mehr für den Anbau von Grundlebensmittel zur Verfügung.

Die Gier nach dem schnellen Geld durch Abholzung widerspricht fundamental den Vorgaben zum Schutz des amazonischen Regenwaldes. Sie darf und kann nicht mit der Weiterführung von Waldschutzprojekten, die mit deutschen Steuermitteln finanziert werden, legitimiert werden.

Nach Expertenaussagen trägt die Holzwirtschaft nur zu einem minimalen Prozentsatz von 0,17 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei (Gestion.Pe, 2020/02). Für diese 0,17 Prozent werden immer wieder Menschen aus indigenen Dorfgemeinschaften getötet, die ihr Territorium schützen und erhalten wollen, auch für nachfolgende Generationen.

Eine Wiederezulassung der Abholzung widerspricht der Verpflichtung des peruanischen Staates, die Auflagen der Agenda 2030 zu erfüllen.

Auch widerspricht sie der neuen Planung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, eine Milliarde Euro für arme Länder zur Bewältigung der Coronakrise zur Verfügung zu stellen, die wir sehr begrüßen. Diese Bemühungen würden konterkariert, wenn gleichzeitig die Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung (und letztendlich der Weltgemeinschaft) mit staatlicher Genehmigung weiter zerstört würden.

Der peruanische Biologe Rodrigo Arce Rojas warnt, es könne nicht so weitergehen, dass der Wald nur als Natur-Kapital gesehen wird. Denn dann hätten wir nichts aus der Krise gelernt. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Wir fordern deshalb, jegliche staatliche Unterstützung von Schutzmaßnahmen des peruanischen Regenwaldes aus Deutschland einzufrieren, solange die peruanische Regierung Abholzungen zulässt.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz Schulze
Vorstand



Elke Falley-Rothkopf
Vorstand

Ein gleichlautender Brief geht an die GIZ und das BMZ.